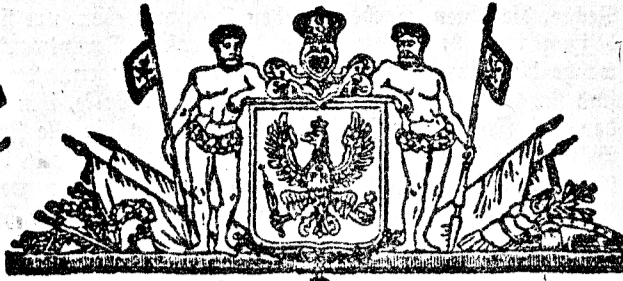


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin

* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 505 11 501, 11 502 bis 11 550, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente.

Ein Kaufmann Führer der deutschen Abordnung.

Ämtliche Meldung.

Die drei alliierten Unterausschüsse für die Schiffahrt, Lebensmittel- und Finanzfragen werden, wie die Gegner am 18. Februar in Spa mitteilten, wahrscheinlich am 21. dort eintreffen. Die drei Ausschüsse, die über die genannten Fragen handeln sollen, werden infolge des Zusammenhangs der drei zu treffenden Abkommen gleichzeitig und an demselben Orte zusammenzutreten müssen. Die Zahl der deutschen Beauftragten, unter denen Vertreter fast aller Interessentenkreise sind, wird mehr als 60 betragen. Dazu kommen noch die Sachverständigen für die Ausfuhrartikel, die Deutschland zum Verkauf anbietet.

Da es außerordentlich schwierig sein wird, diese große Zahl in Spa unterzubringen, hat die deutsche Waffenstillstandskommission vorgeschlagen, die Ausschüsse für das Schifffahrtsabkommen, das Ernährungsabkommen und das Finanzabkommen an einem anderen, auch für die gegnerischen Vertreter geeignet liegenden Orte, eventuell im neutralen Ausland, tagen zu lassen.

Um die Einheitlichkeit in der Arbeit der Ausschüsse sicherzustellen, sind die drei deutschen Ausschüsse unter einem Vorsitzenden, und zwar unter Dr. Reichsler, Prokurist der Firma Warburg in Hamburg, vereinigt worden. Die deutsche Kommission hat bei den Alliierten angeregt, auch den Vorsitz in ihren Ausschüssen ein und derselben Persönlichkeit zu übertragen. Die Antwort des Verbandes auf die deutschen Vorschläge steht noch aus.

Ein neues Lebensmittel-Abkommen.

Die Frage der Finanzierung.

Wie bekannt, hängt die Durchführung der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in erster Linie von der Frage der Finanzierung ab. Die Vertreter der Entente sehen auf dem Standpunkt, Deutschland brauche keinen Kredit. Vorsitzender der deutschen Kommission für Lebensmittelversorgung, Unterstaatssekretär v. Braun, wies demgegenüber darauf hin, daß die Ueberlassung unserer Schiffe, die Lebensmittelzufuhr und die Finanzierung ein einheitliches Abkommen darstellen. Kommt die Lebensmittelversorgung wegen Kreditverweigerung nicht zustande, so müssen uns die Schiffe bleiben, damit wir uns aus anderen Ländern versorgen können. Die Entente-Kommission erbat schriftliche Uebersichtungen dieser Darlegungen, erklärte jedoch, sie sei nicht berechtigt, die Kreditfrage aufzurollen. Zum Trost wurde über die Sicherung weiterer 235 000 Tonnen zum Preise von 11 1/2 Millionen Pfund Sterling eine Abmachung getroffen, die aber solange auf dem Papier bleibt, als die Bezahlung nicht gesichert ist.

Der künftige Waffenstillstand.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

aus Rotterdam, 19. Februar.

Reuters besonderer Korrespondent meldet aus Paris, daß die Waffenstillstandskommission gestern in Fochs Büro zusammentrat. In der Hauptsache sollte über die Verminderung der deutschen Militärmacht und über die deutsche Truppenstärke in Friedenszeiten beraten werden. Es ist beabsichtigt, einen dauernden Umfang militärischer Macht für ganz Europa festzustellen. Nach dem Friedensschluß sollen die Alliierten nach und nach bis zu diesem Umfang abrücken. Hand in Hand mit der Verminderung der Truppenzahl muß eine Verminderung der deutschen Produktionsfähigkeit in Kanonen und Munition gehen, und dieses ist nur durch die Vernichtung oder den Umbau gewisser deutscher Waffenfabriken zu erreichen. Die Alliierten beschließen ferner, die „Demilitarisierung“ gewisser deutscher Provinzen zu verlangen, das soll heißen, daß es Deutschland verboten sein soll, in solchen Provinzen Truppen zu halten. Dann sollen die französischen Ansprüche auf das linke Rheinufer und die Sicherung der östlichen Grenzen Frankreichs besprochen werden. Satz ist gestern in Paris eingetroffen. Man erwartet, daß der

Vorschlag der Waffenstillstandskommission anfangs nächster Woche den Deutschen übergeben werden dürfte.

Ein Radiotelegramm aus Paris besagt, daß die Polen ihren Kriegsschaden auf etwa 25 Milliarden eingeschätzt haben.

Eine neue Reichs-Funkstation.

* Hamburg, 19. Februar.

Im Hamburger Hafen soll der Nachtdienst durch ein Zinzenschiff und vier Torpedoboote verstärkt werden. Auf dem Zinzenschiff ist eine sehr starke Funkstation eingebaut, die diejenige der Hamburger Seewarte an Reichweite übertreffen wird. Der Reichsfunkdienst wird dann von dieser Station übernommen werden. Das Zinzenschiff untersteht der neugebildeten Marinekommandantur der Niederelbe, deren Bildung durch die Reichsregierung angeordnet und vom Reichsmarineamt verfügt worden ist. Sie tritt an die Stelle des Obersten Marineoffiziers der Niederelbe und hat heute ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Aufgabe besteht hauptsächlich darin, das Hamburger Hafengebiet mit seinen Anlagen und enormen Werten an Reichs- und Volkseigentum zu Wasser und zu Lande sowie den Verkehr im Hafen- und Elbgebiet bis zur Flussmündung militärisch zu überwachen und zu sichern. Auch die Hafensicherungsgruppen in Stärke von 1000 Mann sind ihr angegliedert.

Die Raubpläne gegen unsere Kolonien.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 18. Februar.

Zu einer Rundgebung gegen den von den Entente-Regierungen beabsichtigten Raub der deutschen Kolonien hatte die Abteilung Weimar und der Gauverband Thüringen der Deutschen Kolonialgesellschaft und des Reichverbandes der Kolonial-Deutschen in der hiesigen Herder-Kirche eingeladen. Redner aller Fraktionen der Nationalversammlung traten für die Behauptung des deutschen Rechtes auf Kolonialbesitz ein. Kolonialminister Dr. Bell sah in seinem Schlusswort an, daß Deutschland die Beibehaltung seiner Kolonialansprüche nicht aus Machtbedürfnis, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Bedarfs erheben müsse. Es dürfe sich nicht gefallen lassen, als Paria von den Völkern behandelt zu werden. Wir sind einverstanden, uns einem internationalen Gerichtshof zu unterwerfen, der unparteiisch die Fragen einer Kolonialpolitik untersucht, und wir sind sicher, daß wir dabei nicht diejenigen sein werden, denen man das schlechteste Urteil sprechen würde.

Paris, 18. Februar.

Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß die Vereinigten Staaten die Vormundschaft über Samoa übernehmen möchten. Indessen kann die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung erst dann erfolgen, wenn der Kongreß sich über die Verfassung des Völkerbundes ausgesprochen hat. Als die Frage zum erstenmal behandelt wurde, hat Wilson sich eine Entscheidung vorbehalten, da selbstverständlich alles davon abhängt, wie sich die Konferenz über den Völkerbund ausspricht. Als seinerzeit die Demarkationslinie zur Verteilung der deutschen Kolonien nach dem Äquator verlegt wurde, und als man versuchte, die sich widersprechenden Wünsche und Ansprüche Australiens und Japans in dieser Weise zu lösen, blieb die Frage von Samoa unentschieden. Dann hat Lloyd George vorgeschlagen, die Vereinigten Staaten damit zu betrauen, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß Amerika bereits Kolonien besitze und in dieser Beziehung Erfahrung habe, und daß es darum kaum ablehnen könne, einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Wilson habe dieses Vorschlag unangenehm überrascht, da er meinte, daß die Vereinigten Staaten keine Gebietsvergrößerung oder keinen kolonialen Zuwachs wünschten. Da er selbst aber wiederholt behauptet hatte, daß die Vormundschaft über Kolonien keinen Vorteil, sondern eine schwere Pflicht darstelle, konnte er sich der Schlussfolgerung aus seinen eigenen Worten kaum enthalten. Dasselbe gilt auch von Palästina. Aber Wilson hat in beiden Fällen bis zur Stellungnahme des amerikanischen Kongresses eine Erklärung vermieden.

Kapitän Vanselew und die Waffenstillstandskommission.

Die widersprechenden Meldungen über das Ausscheiden des Kapitäns Vanselew aus der Waffenstillstandskommission sind dadurch entstanden, daß Vanselew weitere Funktionen ausübt. Er ist erstens stellvertretender Vorsitzender der Waffenstillstandskommission. Als solcher verbleibt er in seiner Stellung. Zweitens ist er aber Sachverständiger in Marinefragen, und als solcher wird er durch Korvettenkapitän Snermann ersetzt.

Die Frauen in Weimar.

Von

Anna Bloß.

Mitglied der Nationalversammlung.

Die überwältigend sind die Erlebnisse dieser Zeit! So überwältigend, daß wir ihre Eindrücke kaum in Worte fassen vermögen, daß wir fast noch zu träumen glauben, weil Wirklichkeit geworden ist, was vor wenig Monaten noch dem Bereich der Unmöglichkeit anzugehören schien. Deutschland Republik, und das erste Geschenk der jungen Republik die Befreiung der Frauen durch das Wahlrecht. Wie eine Kostbarkeit ist das Wahlrecht in unsere Hände gelegt. Lange haben wir diese Kostbarkeit ersehnt, und nun halten wir sie fast zaghaft. Und gleich dem Gefangenen, dem jahrelang getragene Ketten abgenommen werden, spüren wir noch den Druck der Unfreiheit, lernen wir erst allmählich, uns des Besizes der Kostbarkeit bewußt zu werden, sie zum Nutzen der Allgemeinheit zu verwerten. Aber auch hüten müssen wir sie, daß sie uns nicht wieder entrisen wird, denn wenn auch alle Parteien Frauen in die Nationalversammlung entsandt haben, die Gegnerschaft gegen das Frauenwahlrecht haben sie so schnell nicht aufgegeben, und es ist nun Ehrenpflicht der weiblichen Abgeordneten, durch ihr Auftreten, ihre Arbeit all die Gründe zu widerlegen, mit denen man sie bisher der politischen Tätigkeit fernhalten wollte. In sicherem Gefühl haben die Frauen im Parlament verweilt, durch irgendwelche Neugierigkeit die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Nur eine Partei hat eine Frau (Frau Agnes) als Schriftführerin in das Präsidium entsandt. Sie saß am großen Tag der Präsidentenwahl im Reichstagspräsidium, und ihre ganze bescheidene, ich möchte sagen, echt weibliche Erscheinung und Art hat wohl bei manchem die Frage geweckt, was gerade sie in die Reihen der Unabhängigen getrieben hat. Allerdings sieht dort auch die einzige Frau, die aus dem oben angebotenen Rahmen herausfällt. Sie spielt etwa die Rolle der bekannten „Ericoteuses“ in der Nationalversammlung der französischen Revolution, die durch ihr hysterisches Kreischen, ihre zügellosen Zwischenrufe es dahin brachten, daß die Revolutionsführer die Frauen von der Parlamentstribüne verbannten. Im deutschen Revolutionsparlament ist zum Glück Frau Luise Zieg „einzig in ihrer Art“.

Die Sozialdemokratie, die notorisch stärkste Partei, zugleich auch die Partei, die als erste und einzige seit langen Jahren die Gleichberechtigung der Geschlechter gefordert hat, hat auch die meisten Frauen in das Parlament entsandt. Unter den 19 weiblichen Delegierten sieht man Frauen mit grauem Haar, die all die schweren Kämpfe mitgemacht haben in jenen Zeiten, in denen es keine Partei in Deutschland gab, die so verfolgt und geschnitten wurde wie die Sozialdemokratie. Welch eine Genugtuung mag es ihnen sein, nun diese Zeit des Sieges der Idee zu erleben, für die sie so lange gekämpft, für die sie so schwere Opfer gebracht haben. Denn die Spuren schwerer Kämpfe sieht man in fast all diesen Gesichtszügen eingegraben. Diese Frauen haben es erfahren: „Der Dienst der Freiheit ist ein harter Dienst“. Mit geringem Schulwissen ausgestattet, haben die meisten von früherer Jugend an im Kampf um das Dasein gestanden. Eine solche Frau, die alles durch sich selbst wurde, hat die sozialdemokratische Fraktion in ihren Vorstand gewählt. Sie sitzt in der ersten Reihe, und die klassischen Züge, die klugen dunkeln Augen, die von viel durchlängtem Leid, aber auch von hingebendem Idealismus sprechen, lassen Frau Marie Juchacz als eine der Frauen erscheinen, wie sie etwa einer Käthe Kollwitz als Typus der ringenden, strebenden Proletarierin vorschweben mögen. Zwei Frauen sind unter den sozialdemokratischen Frauen, die charakteristischerweise ihre Jugend in Offizierskreisen verbracht und sich Wissen und Bildung im Lehrinnenberuf angeeignet haben. Auch sie haben schwere innere und äußere Kämpfe durchlängeln müssen, bis sie ererbte und anerzogene Vorurteile überwandten, bis sie zu der Erkenntnis kamen, daß der Sozialismus allein ihnen die Möglichkeit gibt, alle Fesseln abzustreifen, alle Kräfte zu entfalten, um für die großen Menschheitsideale zu wirken.

Auch die Frauen der demokratischen Partei sind fast alle Pädagoginnen. Auch sie haben lange Jahre des Kampfes hinter sich, so Dr. Bäumer, die unermüdet eintret für